

## **V-9 Keine Eurofighter für Saudi-Arabien!**

Antragsteller\*in: Jan Schmid (KV Berlin-  
Tempelhof/Schöneberg)

Tagesordnungspunkt: weitere Anträge, die nicht auf dieser LDK  
behandelt werden

1 Im Oktober 2022 hat die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in  
2 einem  
3 Beschluss festgehalten: „[...] Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich  
4 massive  
5 Menschenrechtsverletzungen und ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen  
6 wir jegliche  
7 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen  
8 Rüstungsexportstopp  
9 für Saudi-Arabien und ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten  
an, solange  
diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-  
Arabien geführte  
Koalition hat in den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen  
und damit  
und mit der Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen  
unserer Zeit  
beigetragen. [...]“

10 Vor dem Hintergrund der Ankündigung der Bundesregierung im Januar, nun trotz der  
11 menschenrechtlichen Bedenken den Weg für die Lieferung von Eurofighter Kampffjets  
12 nach Saudi-  
13 Arabien freizumachen, stellt sich Bündnis 90/Die Grünen Berlin gegen diese  
Entscheidung und  
bekräftigt diesen BDK-Beschluss mit Nachdruck.

14 Die Parteien der Bundesregierung haben in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten:  
15 „[...] Wir  
16 erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese  
nachweislich  
unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. [...]“

17 Wir begrüßen zwar, dass Saudi-Arabien in den letzten Monaten eine konstruktivere  
18 Rolle im

19 Nahen Osten eingenommen hat und sich auch für eine Wiederaufnahme diplomatischer  
20 Beziehungen  
21 mit dem Jemen offen gezeigt hat. Doch Saudi-Arabien ist noch immer Konfliktpartei  
22 im  
Jemenkrieg und hat mit seinen Interventionen im Jemen tausende Zivilist\*innen  
getötet und  
eine humanitäre Katastrophe mitverursacht, unter der die Zivilbevölkerung nach  
wie vor  
leidet.

23 Es ist nicht auszuschließen, dass Saudi-Arabien durch die Intensivierung der  
24 diplomatischen  
25 Kontakte zu Israel in den letzten Jahren bei der Vermittlung im Nahostkonflikt  
26 mit der  
27 arabischen Welt eine konstruktive Rolle für den langfristigen Frieden in der  
Region  
einnehmen könnte. Dennoch ist das kein Grund für uns unsere bisherigen Positionen  
zu  
Waffenlieferungen aufzugeben.

28 Saudi-Arabien ist kein verlässlicher Partner, sondern eine fossile Diktatur, die  
29 eine  
30 eigennützige Bündnispolitik verfolgt, um die Hegemonie im Nahen Osten zu  
31 erlangen. Nach wie  
32 vor finden tagtäglich Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Hinrichtungen  
33 politischer  
34 Gegner\*innen statt. Auch ist offen, ob das in Teilen antisemitische Regime  
35 wirklich  
36 dauerhaft hinter der Sicherheit Israels steht. Es gibt zudem keinerlei Garantien  
dafür, dass  
die Kampfjets in der Zukunft nicht wie im Jemen-Krieg für völkerrechts- und  
mensenrechtswidrige Angriffe gegen Zivilist\*innen missbraucht werden. Wir  
dürfen die  
Flotte eines solchen Regimes nicht mit weiteren Kampfjets eines der modernsten  
Typen der  
Welt aufstocken.

37 Die Ankündigung konterkariert die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Bemühungen  
38 ein  
39 Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden, das zu einer stärkeren  
40 Berücksichtigung von  
41 Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Empfängerländern von  
Rüstungsexporten  
führen soll. Dieses Gesetz muss weiterhin kommen und darf keine Einschränkungen  
in der  
Kontrolle von Menschenrechten enthalten.

42 Ebenso verurteilen wir die bereits Ende letzten Jahres erfolgte Genehmigung der  
43 Lieferung  
von 150 Iris-T-Lenkflugkörpern an Saudi-Arabien durch den Bundessicherheitsrat.

44 Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den Koalitionsvertrag einzuhalten und  
45 keine  
46 Rüstungsexporte an Länder mit einer problematischen Menschenrechtslage zu  
47 genehmigen.  
48 Solange Saudi-Arabien Völkerrecht und Menschenrechte missachtet, sollten bei den  
49 künftigen  
50 Entscheidungen im Bundessicherheitsrat keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien  
freigegeben  
werden. Der 2018 durch die Vorgängerregierung verhängte Rüstungsexportstopp an  
Saudi-Arabien  
nach den Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg und nach dem grausamen Mord an  
Jamal  
Khashoggi muss wieder eingehalten werden.

### **Begründung**

Dieser Antrag wurde (bis auf einzelne Unterschiede durch Anpassungen) bereits im Landesverband Bayern beschlossen: <https://www.gruene-bayern.de/keine-eurofighter-fuer-saudi-arabien/>

Die Einbringungsrede hat Anton Hofreiter gehalten (hier zu sehen ab 08:43:35:  
[https://www.youtube.com/live/hvu6aon\\_LLY?si=VFLk3bk9jJ8pByZc](https://www.youtube.com/live/hvu6aon_LLY?si=VFLk3bk9jJ8pByZc))

Lesenswert zum Rüstungsexportkontrollgesetz:  
<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/erarbeitung-eines-ruestungsexportkontrollgesetzes.html>

### **Unterstützer\*innen**

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg),  
Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Katinka Wellnitz (LV Grüne  
Jugend Berlin)